

Blog Störungsmelder, 06.02.2011, **Der rechtsextreme Traum vom „Kampf um die Straße“**, Benjamin Mayer,

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/02/06/der-rechtsextreme-traum-vom-%E2%80%9Ekampf-um-die-strase%E2%80%9C_5569

Seit vielen Jahren gibt es jeden Monat gleich mehrere Naziaufmärsche in Deutschland. Oft nur mit hundert Teilnehmern, teilweise aber mit über tausend Rechtsextremisten. Am 19. Februar werden in Dresden wieder bis zu 6000 Neonazis zum jährlichen „Aufmarsch-Höhepunkt“ erwartet. Das war nicht immer so. In den 70er und 80er Jahren gab es nur selten öffentliche Veranstaltungen der rechtsextremen Szene.

Von Benjamin Mayer, Mitarbeiter des Göttinger Instituts für Demokratieforschung

Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich das Bild der rechtsextremen Szene in Deutschland vielfältig verändert. Immer mehr entwickelte sich der deutsche Rechtsextremismus zu einem Gebilde, welches auf vielen Ebenen einer sozialen Bewegung ähnelt. Mit diesen Veränderungen ging auch eine Neuorientierung von Aktionsformen und Strategie einher. War der deutsche Rechtsextremismus vor 1990 noch eher arm an Aktionsformen, übernahm er im Laufe seiner Wandlungen ein immer größeres Aktionsrepertoire von anderen sozialen Bewegungen. Hierbei wurden besonders Demonstrationen für die rechtsextreme Bewegung von zentraler Bedeutung und sind heute die wichtigste Protestform des deutschen Rechtsextremismus.

Nahmen in den 70er und 80er Jahren in der Regel weniger als 100 Personen an den selten statt findenden Demonstrationen teil, änderte sich dies in den 90er Jahren frappierend. Dies zeigte sich erstmals deutlich, als 1997 an der neonazistischen Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung 4.000 Menschen teilnahmen. Veranstalter von den Aufzügen sind meist neonazistische Führungsfiguren oder die NPD. Seit der Wahl von Udo Voigt zum Vorsitzenden der NPD 1996 hat sich die Partei gegenüber den neonazistischen Kameradschaften geöffnet. Hier liegen die Wurzeln der Zusammenarbeit, die gerade auch bei Wahlkämpfen für die NPD unverzichtbar ist. 2004 wurde dann die „Volksfront von rechts“, also das Bündnis von NPD und den „freien Kräften“ bekannt gegeben. In der Folge sitzen bis heute Vertreter des neonazistischen Spektrums im Vorstand der NPD. Das Verhältnis ist ein instrumentelles; die NPD profitiert vom Mobilisierungspotential des eher jugendlich geprägten neonazistischen Teils der extremen Rechten und die Kameradschaften können unter dem Deckmantel der NPD von deren Status als zugelassene Partei vor allem bei der Anmeldung von Aufmärschen profitieren. Auch das strategische Konzept der Partei hat dieser Entwicklung Rechnung getragen. Der „Kampf um die Straße“ kann heute als Aktionseinheit von Partei und „freien Kräften“ verstanden werden und der „Kampf um den organisierten Willen“, welcher erst 2004 nach dem Bekanntgeben der „Volksfront von rechts“ als vierte Säule der Strategie hinzu kam, ist als Versuch der Sammlung aller „nationalen Kräfte“ zu verstehen. Dieses Zusammenspiel lässt sich auch an den Mobilisierungszahlen zu öffentlichen Veranstaltungen ablesen. So finden die größten Aufmärsche nach wie vor zu Themen statt, welche in Verbindung mit dem Nationalsozialismus stehen. Mittlerweile kann man von einer bewusst entwickelten und strategisch

eingesetzten Demonstrationspolitik der rechtsextremen Bewegung sprechen. Demonstrationen wurden damit im Verlauf der 90er Jahre die wichtigste Aktionsform der extremen Rechten in Deutschland.

Demonstrationen verfolgen sowohl nach außen, wie auch nach innen bestimmte Ziele. Nach außen versucht man sie als „politische Werbung“ zu nutzen und hofft, dass davon eine Signalwirkung ausgeht, um neuen Zulauf für die Bewegung zu gewinnen. Dies ist allerdings eher zweifelhaft, da begeisterte „Bürgerinnen und Bürger“ eher selten bei rechtsextremen Aufzügen zu beobachten sind. Neben dieser Hoffnung, ist es auch Ziel die Medien zu einer Berichterstattung zu zwingen, um so die politischen Inhalte zu verbreiten. Deshalb ist eine reflektierte Berichterstattung über Aufmärsche von großer Bedeutung, um eben diesen erhofften Effekt nicht zu befördern. Außer zur politischen Selbstdarstellung dienen Demonstrationen immer auch zur Machtdemonstration, welche häufig durch ein militaristisches Vokabular untermalt wird. So rief auch der rechtsextreme Liedermacher Frank Rennicke den wartenden Neonazis 2010 in Dresden zu: „Es ist gerade ein Spiel der Mächte. Wir wollen mal sehen, wer stärker ist.“ Diese Bedeutung lässt sich auch an der Deklaration sogenannter „Frontstädte“ erkennen. Auf dem ersten Platz steht hier die niedersächsische Universitätsstadt Göttingen, der sogar eine eigene Homepage gewidmet wurde. Und auch in den strategischen Leitlinien der NPD heißt es in ähnlichem Duktus: „Die NPD hat keine Probleme, mit solchen Gruppen [Skinheads] zusammenzuarbeiten, wenn sie bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln.“

Für die Bewegung selbst sind die Aufmärsche unerlässlich. Sie dienen der permanenten Reproduktion einer kollektiven Identität, welche die rechtsextreme Bewegung benötigt, um sich zu stabilisieren. So heißt es in einem NPD-Strategiepapier: „Ein anderer Aspekt, der bei der Durchführung von Demonstrationen wichtig ist, ist die Steigerung der Motivation der eigenen Anhängerschaft. Durch das Zusammenfinden einer größeren Gruppe von Menschen, die gemeinsam ihr Anliegen, ggf. auch gegen eine große Zahl von Störern, vorträgt, wird die vielfach vorhandene lokale Isolation durchbrochen, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Stärke entsteht.“ Diese Motivation und das Gemeinschaftsgefühl ergeben sich besonders bei hohen Teilnehmerzahlen und an für die Bewegung symbolträchtigen Daten, wozu auch Dresden gezählt werden kann. Dies wird durch die Verwendung gemeinsamer Symbole, Zeichen und das Rufen von Parolen weiter gestärkt. Eine der ersten und bis heute wichtigsten Veranstaltungen ist der den nationalsozialistischen Verbrecher verherrlichende „Rudolf-Heß-Marsch“. Das hierbei erreichte Gemeinschaftsgefühl soll den eigenen Leuten zeigen, dass man sich von staatlichen Verboten und antifaschistischen Aktionen nicht einschüchtern lässt. So gehört zur Strategie, dass in Städten, in denen es einen erheblichen zivilgesellschaftlichen Protest gegen die rechtsextremen Aufmärsche gibt, man gezielt die Zahl der Veranstaltungen dort erhöht oder dies zumindest ankündigt. In einer Stellungnahme zur Demonstration in der „Frontstadt Göttingen“ heißt es 2006: „Grund genug für uns, trotz aller Schikanen, Auflagen und Zwangsmaßnahmen nicht klein beizugeben. Die Versammlungsleitung hat auch am 28. Oktober 2006 wieder ganz deutlich zur Sprache gebracht, dass wir so lange nach Göttingen kommen werden, bis die Versammlungs- und Meinungsfreiheit für Andersdenkende auch dort wieder hergestellt ist.“ Es ist allerdings davon auszugehen, dass trotz dieser nachträglichen

Reaktion ein verhindertes Aufmarsch eine ebenso herbe Enttäuschung hinterlässt, wie eine erfolgreich durchgeführte Veranstaltung Motivation für die Teilnehmer verspricht.

Besonders für noch nicht fest in die Szene eingebundene Jugendliche aus dem aktionsorientierten Teil der rechtsextremen Bewegung, können diese Veranstaltungen Teil der politischen Sozialisation werden und das rechtsextreme Weltbild – besonders die revisionistische Geschichtsumdeutung – weiter festigen und sie damit in der Bewegung stärker verankern.

Veranstaltungen wie der revisionistische „Trauermarsch“ von Dresden sind ein wichtiger Bestandteil, um die rechtsextreme Bewegung zu stabilisieren und die rechtsextremen Inhalte – zumindest partiell – in die Öffentlichkeit zu tragen. Aus der Analyse der Bedeutung muss sich auch eine geeignete Gegenstrategie ableiten, wie man mit diesen Veranstaltungen umgeht. So wichtig die Demonstrationen für die Rechtsextremen sind, so wichtig ist auch das gemeinsame Setzen von Zeichen dagegen.

Süddeutsche Zeitung, 06.02.2011, **Wo der Nachbar Nazi ist**, Sebastian Beck,

<http://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextremismus-in-deutschland-wo-der-nachbar-nazi-ist-1.1055810>

In Mecklenburg-Vorpommern dominieren Rechtsextremisten ganze Dörfer. Ein Ehepaar leistet Widerstand - und muss feststellen, dass es einen einsamen Kampf führt.

Für die Lohmeyers war es eine gute Woche in Jamel, ausnahmsweise. Am Sonntag rückte die Polizei mit einem Sondereinsatzkommando an und nahm ihren schlimmsten Nachbarn fest.

Horst und Birgit Lohmeyer wehren sich gegen Rechtsradikale in ihrem Dorf Jamel. Dabei finden sie nicht so viele Unterstützer, wie sie sich wünschen würden: "Hier sind viele der Meinung: Wer sich zu weit aus dem Fenster lehnt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er runterfällt." (© Sebastian Beck)

Seit Dienstag ist die messingfarbene Plakette am Ortseingang verschwunden. "Dorfgemeinschaft Jamel - frei - sozial - national" stand darauf, damit alle Besucher gleich wussten, wer hier das Sagen hat. Und auch der Wegweiser nach Braunau, der Geburtsstadt Adolf Hitlers, musste auf Geheiß des Ordnungsamtes endlich entfernt werden.

Zumindest nach außen sieht Jamel damit wieder wie ein normales Dorf in Mecklenburg aus - und nicht wie die Nazihochburg, die Jamel noch immer ist.

Im alten Forsthaus der Lohmeyers reichen sich Journalisten die Türklinke in die Hand, sogar aus Israel und Irland waren Korrespondenten da. Vor drei Wochen wurden Horst und Birgit Lohmeyer von Bundespräsident Christian Wulff zum Neujahrsempfang nach Berlin eingeladen; aus Deutschland und der ganzen Welt bekommen sie Zuspruch per Mail.

Der Musiker und die Schriftstellerin stehen mit einem Mal mitten in der Öffentlichkeit. Sie gelten geradezu als Musterbürger, obwohl sie doch nur ihre Ruhe haben wollten, als sie vor sechs Jahren von Hamburg aufs Land gezogen sind. In den Weiler Jamel, der so versteckt zwischen Wismar und Grevesmühlen liegt, am Ende einer schmalen Stichstraße. Und fernab der demokratischen Normen.

"Wir sind die Jungs fürs Grobe"

Jetzt bekommen die Lohmeyers immer wieder die selben Fragen gestellt: Haben sie Angst? Wie halten sie es hier bloß aus? In einem Dorf mit gerade mal zehn Häusern, von denen mit-

terweile sieben Neonazis gehören? "Penetrante Nachbarn sind wir gewohnt", sagt Horst Lohmeyer und lacht sarkastisch: "Wir haben fünfzehn Jahre lang in St. Pauli gelebt."

Die Razzia richtete sich wieder einmal gegen Sven Krüger, einen zwölfmal vorbestraften NPD-Kreisrat. Der 36-Jährige hat sich in Jamel und Umgebung sein kleines braunes Reich geschaffen. "Wir sind die Jungs fürs Grobe", lautet der Werbespruch seiner Abrissfirma, die er im benachbarten Grevesmühlen betreibt.

Krüger gilt als besonders gewalttätig, wer kann, der geht ihm aus dem Weg. Er sei ein "gemeingefährlicher Typ", sagen Leute, die ihn kennen. Nun sitzt er in Untersuchungshaft. Gewerbsmäßige Hehlerei und Verstoß gegen das Kriegswaffen-Kontrollgesetz lauten die neuen Vorwürfe gegen ihn: Die Beamten stellten in Jamel gestohlene Baumaschinen sicher - und eine Maschinenpistole samt 200 Schuss Munition.

In welcher Gedankenwelt Krüger zu Hause ist, das verrät ein Blick auf sein "Thing-Haus" in Grevesmühlen, in dem die NPD ihr Bürgerbüro als Schaltzentrale eingerichtet hat. Das Anwesen im Gewerbegebiet ist mit Holzzaun und Stacheldraht gesichert, dahinter ragt ein Wachturm samt Scheinwerfer auf. Hunde schlagen an, wenn sich Passanten nähern. Das NPD-Büro erinnert stark an ein Konzentrationslager - das soll es wohl auch.

Nazi-Lieder am Lagerfeuer

Bei den Lohmeyers mischt sich Schrecken mit Genugtuung darüber, dass Krüger vorerst eingesperrt bleibt. Ja, sie haben Angst vor ihm und seinen Kumpanen. "Sie glauben, dass das Dorf ihnen gehört", sagt Birgit Lohmeyer. Im Briefkasten hat sie mal eine tote Ratte gefunden.

Davon erzählt sie so beiläufig wie von den Schießübungen im Wald. Richtig schlimm aber sind die Sauffeste der Kameraden auf dem Dorfplatz. Abends grölen die Männer dann Nazi-Lieder am Lagerfeuer. Als Krüger im Sommer heiratete, kamen Hunderte Rechtsextreme zum Feiern ins "national-befreite" Jamel.

Nicht nur hier haben sich Neonazis und die NPD mit großer Selbstverständlichkeit breitgemacht. Das Kokettieren mit der Gewalt ist bei Männern zwischen zwanzig und vierzig in Mode: Sie rasieren sich die Köpfe und tragen Hooligan-Klamotten. Die Opfer ihrer Schikane schweigen meist aus Angst.

Angst, sich zu solidarisieren

In zwei Nachbardörfern von Jamel sollen Rechtsextreme ebenfalls die Bevölkerung terrorisieren. Nur offen darüber reden wollen hier nicht einmal die Gemeindevertreter: So werde

alles bloß noch schlimmer, sagt einer von ihnen. Gut, räumt ein anderer ein, da gebe es die Hakenkreuz-Schmierereien. Aber mehr sei ihm nicht bekannt.

"Hier sind viele der Meinung: Wer sich zu weit aus dem Fenster lehnt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er runterfällt", umschreibt Horst Lohmeyer das Klima in der Gegend. Er und seine Frau wagten 2007 den Schritt in die Öffentlichkeit, als ein Zeitungsbericht über das braune Jamel die Menschen aufschreckte: Nicht alle im Dorf seien Neonazis, erklärten die Lohmeyers. Die wenigen Nachbarn, die nicht zu Krügers Gefolgsleuten zählen, brachen danach den Kontakt zu ihnen ab. Birgit Lohmeyer hat sogar gewisses Verständnis dafür: "Die Leute haben Angst, sich mit uns zu solidarisieren."

Der Bürgermeister braucht Polizeischutz, die Kinder lernen Nazi-Lieder

Auch Dieter Maßmann kennt dieses Gefühl nur zu gut, wenn man alleine dasteht. Er ist Bürgermeister von Hoppenrade, einem Dorf hundert Kilometer weiter östlich in der mecklenburgischen Schweiz, einem einsamen Landstrich mit Weilern wie Jamel - und ähnlichen Problemen. Er sei ja kein ängstlicher Mensch, sagt Maßmann, "aber die Ereignisse der letzten beiden Jahre sind schon furchterregend. Wenn sie hier Position beziehen, müssen sie damit rechnen, dass ihnen jemand den roten Hahn aufs Dach setzt."

Erst im Dezember bedrohte der braune Mob Maßmanns Amtskollegen Reinhard Knaack in der Nachbargemeinde Lalendorf. Knaack hatte sich geweigert, einer rechtsextremen Mutter - Mitbegründerin des Rings Nationaler Frauen - zur Geburt ihres siebten Kindes eine Patenschaftsurkunde des Bundespräsidenten und 500 Euro auszuhändigen. Der Bürgermeister steht seitdem unter Polizeischutz. "Die Rechten sind hier nur so selbstbewusst, weil die Politik gegen sie nicht richtig vorgeht", sagt Maßmann, "aber von uns hier in der Gemeinde verlangt man Zivilcourage."

Es klingt bizarr, was er erzählt: Die rechtsextreme Familie aus Lalendorf gehört zum Dunkreis der Artamanen. So nennen sich Blut-und-Boden-Bauern, die sich hier seit der Wende angesiedelt haben. Sie sehen sich als Nachfahren der völkischen Artamanen-Bewegung aus den 20er Jahren. SS-Reichsführer Heinrich Himmler zählte ebenso zu den Artamanen wie der spätere Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß.

Die Neo-Artamanen, von denen etwa 35 namentlich bekannt sind, geben sich nach außen hin friedlich. Sie leben in Großfamilien, betreiben Bio-Landbau, engagieren sich gegen Gentechnik - und unterstützen die NPD, die in Mecklenburg-Vorpommern mit sechs Abgeordneten im Landtag sitzt.

2009 kam es in einem Kindergarten unweit von Hoppenrade zum Eklat: Die Kinder der Artamanen sangen Nazi-Lieder, die sie offenbar zuvor im Ferienlager gelernt hatten. Die

Erzieherin will heute darüber nicht mehr reden. Sie legt sofort den Hörer auf, wenn man nach dem Vorfall fragt.

Expansionskurs der Rechten

Herumlungernde Skinheads hat Bürgermeister Maßmann schon vor Jahren aus dem Dorf verscheucht oder bei Vereinen untergebracht. Die Artamanen aber sind gebildet und taktieren geschickt: "Sie haben versucht, öffentlich in Erscheinung zu treten über Vereine und die Feuerwehr", sagt Maßmann. Einer von ihnen wurde mit Stimmen aus dem Dorf in den Vorstand des Bodenordnungsverfahrens gewählt - er kann nun ganz offiziell mit Behörden sprechen.

Mit Sorge beobachtet Maßmann, wie die Siedler ihre Position in der Region weiter ausbauen wollen und auch im Internet um Mitstreiter werben. Erst kürzlich soll sich wieder ein Aktivist aus der rechten Szene als Kaufinteressent für ein leerstehendes Gutshaus gemeldet haben. "Sie versuchen Gleichgesinnte im Ort unterzubringen", sagt Maßmann.

Zweimal im Jahr unterrichtet der Verfassungsschutz die Gemeindevertreter, aber sonst kommt von außen wenig Unterstützung. Politiker und die wenigen Bürgerrechtsaktivisten stehen der Expansion der Rechtsextremen hilflos gegenüber - in Hoppenrade ebenso wie in Jamel. Die Lohmeyers veranstalten jedes Jahr im Sommer ein Musikfestival, um zu demonstrieren, dass das Dorf doch nicht ganz den Nazis gehört. Die Schirmherrschaft hat Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) übernommen. Im vergangenen Jahr wurden Besucher des Festivals angegriffen - trotz Zaun und Polizeischutz.

Beim Neujahrsempfang hat Bundespräsident Wulff die Lohmeyers für ihr Engagement gelobt. Sie gaben ihm zu verstehen, dass sie mit seiner Entscheidung, die Patenschaft in Lalendorf zu übernehmen, nicht einverstanden sind. Trotzdem, sagt Horst Lohmeyer, habe er in Berlin ein "erhabenes Gefühl" verspürt.

Ihr Wunsch? Ein NPD-Verbot

Ausgerechnet er und seine Frau sind jetzt in staatspolitischer Mission unterwegs - früher unterstützten sie die Hausbesetzer im Hamburger Schanzenviertel. Aber für linksalternative Träume sei in Mecklenburg kein Platz, sagt Birgit Lohmeyer. Hier gehe es um demokratische Basisarbeit.

Was sie und ihr Mann sich wünschen? Ein Verbot der NPD. Nur so könne den Neonazis die organisatorische Basis entzogen werden. Das sagt auch Dieter Maßmann aus Hoppenrade, und das fordert Norbert Nieszery, der Chef der SPD-Fraktion im Schweriner Landtag.

Nieszery kennt die rechte Szene im Land so gut wie kaum ein anderer. Auch er wurde schon bedroht. Doch große Hoffnungen auf ein neues NPD-Verbotsverfahren macht er sich nicht: Solange die Politik in Berlin den Rechtsextremismus für ein rein ostdeutsches Problem halte, stünden die Chancen schlecht.

Im August werden die Lohmeyers in Jamel wieder ihr Konzert veranstalten. "Wir werden hier gebraucht", sagt Birgit Lohmeyer. Sie und ihr Mann wollen bleiben, jetzt erst recht.